ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutschlandprognose 2010: Konjunkturampeln bleiben auf gelb

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2010) : Deutschlandprognose 2010: Konjunkturampeln bleiben auf gelb, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 17, Iss. 1, pp. 4-12

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169901

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutschlandprognose 2010: Konjunkturampeln bleiben auf gelb[1]

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft hat die schwerste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg überwunden. Seit dem Frühjahr 2009 steigen Produktion und Handel wieder, weltweit angeregt durch milliardenschwere Konjunkturprogramme, eine massiv expansiv wirkende Geldpolitik und den vergleichsweise niedrigen Ölpreis. Hinzu kommt der Umschwung im globalen Lagerzyklus. Das im Rahmen des IFO WORLD ECONOMIC SURVEY erhobene Weltwirtschaftsklima ist im vierten Quartal 2009 zum dritten Mal in Folge gestiegen. Der Anstieg des Indikators resultiert sowohl aus den günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate als auch aus weniger negativen Einschätzungen der derzeitigen wirtschaftlichen Lage.

Das Wirtschaftsklima hat sich dabei in allen großen Wirtschaftsregionen verbessert. Besonders ausgeprägt war der Anstieg des Wirtschaftsklimaindikators in Asien. Hier überschritt er sogar seinen langfristigen Durchschnitt. Auch in Westeuropa und Nordamerika stieg der Klimaindikator merklich an. Die aktuelle Wirtschaftslage wird zwar in allen großen Regionen noch als ausgesprochen ungünstig bewertet, besonders im Euroraum, in Nordamerika, in Mittel- und Osteuropa und in Russland. Die Wirtschaftserwartungen fallen nun aber nahezu überall optimistisch aus. Dies deutet darauf hin, dass sich die Erholung der Weltwirtschaft fortsetzen wird.

In den **USA** ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal 2009 mit einer laufenden Jahresrate von 2,8 % gestiegen; zuvor war sie ein Jahr lang fortlaufend gesunken. Maßgeblich für den Anstieg war die Expansion des privaten Konsums (+2,7 %), befördert durch das „Cash for Clunkers"-Programm zur Anschaffung von verbrauchsärmeren Pkw. Zudem sind die Lagerbestände deutlich aufgestockt worden. Die Kapazitätsauslastung lag im Herbst mit 71 % aber immer noch um rund 10 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt. Der Stellenabbau hat sich, wenngleich verlangsamt, bis zuletzt fortgesetzt; seit Dezember 2007 ist die Zahl der Beschäftigten saisonbereinigt um 7,3 Mill. gesunken.

In **Japan** hat sich die leichte Erholung fortgesetzt; im dritten Quartal expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 1,3 %, zuvor hatte sie um 2,7 % zugenommen. Die Exporte und der private Konsum stiegen deutlich. In **China** hat sich die wirtschaftliche Expansion, getrieben von der Entwicklung im tertiären Sektor, beschleunigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2009 um 7,7 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zugenommen; im ersten Halbjahr hatte das Wachstumstempo im Durchschnitt bei 7,1 % gelegen.

Auch in den Volkswirtschaften der **Europäischen Währungsunion** (EWU) hat der Erholungsprozess begonnen. Im dritten Quartal 2009 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 %, davor war sie über fünf Quartale hinweg zum Teil außerordentlich kräftig gesunken. Maßgeblich für die Erholung war der spürbare Anstieg der Industrieproduktion. Vom Einzelhandel dürften dagegen keine Impulse ausgegangen sein; die Zahl der Pkw-Neuzulassungen ist nach dem Auslaufen von Abwrackprogrammen gesunken. Das Preisniveau in der EWU schwankte um den Vorjahreswert. Die Inflationsrate (HVPI) betrug im Juli –0,6 %, und stieg bis November aber wieder auf 0,5 %. Die Kerninflationsrate (Veränderung des HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) lag im November bei 1,0 %. Die Arbeitslosenquote ist im Sommerhalbjahr weiter kräftig gestiegen, im Oktober 2009 betrug sie saisonbereinigt 9,8 %, sie war damit um 2,5 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Für die EWU ist das der höchste Wert seit Januar 1999.

Die Erholung der Weltwirtschaft dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen, allerdings wird die Belebung nur vorübergehend stärker ausfallen. Die Belastung der Konjunktur ist nach wie vor immens. Eine Verschärfung der restriktiven Kreditvergabe ist angesichts des zu erwartenden Anstiegs der Nachfrage nach Fremdmitteln absehbar. Auch die Unterauslastung der Kapazitäten dürfte anhalten, was den Bedarf an Erweiterungsinvestitionen spürbar dämpfen dürfte. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Lage auf den Arbeitsmärkten nicht nur angespannt bleibt, sondern sich verschärft. Schließlich dürften die Stimuli der Wirtschaftspolitik im Prognosezeitraum schwächer werden. Vor allem die Anregungen durch die Fiskalpolitik dürften nachlassen, da die Mittel aus den Konjunkturpaketen auslaufen und sich die Haushaltsposition in vielen Ländern dramatisch verschlechtert hat. So erreichte das öffentliche Defizit in den USA inzwischen Rekordniveau; in zahlreichen Ländern des Euroraums werden mittlerweile Strategien zur

* *Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Referent am IFO INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG MÜNCHEN tätig.*

Rückführung der Neuverschuldung entwickelt. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die Konjunktur nach und nach an Schwung verliert.

In den **USA** wird das Bruttoinlandsprodukt zunächst noch vergleichsweise kräftig steigen, danach wird das Expansionstempo deutlich nachlassen. Der Abbau der strukturellen Ungleichgewichte – insbesondere die Korrektur des privaten Konsums, die mit einer weiteren Zunahme der Sparquote verbunden ist – dürfte spürbar bremsend wirken. Auch die Belastungen durch die Krise im Finanzsystem sind nach wie vor enorm. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion daher vorübergehend sogar erneut leicht rückläufig sein. Trotz dieses konjunkturellen Rückschlages wird die amerikanische Wirtschaft im Prognosezeitraum jedoch nicht erneut in eine Rezession abgleiten. Die Schwäche der US-amerikanischen Wirtschaft wird gleichwohl die Konjunktur weltweit belasten.

In **Japan** wird die Expansion der Wirtschaft im Prognosezeitraum zunächst schwach bleiben, ehe sie sich langsam belebt. Die private Binnennachfrage dürfte infolge der Unterauslastung der Kapazitäten und der schlechteren Lage auf dem Arbeitsmarkt nur mäßig expandieren. Der Außenhandel dürfte jedoch von der Belebung der Konjunktur in den Schwellenländern Asiens profitieren. Im **Euroraum** wird die wirtschaftliche Expansion vorerst kräftig bleiben. Vor allem die Impulse der Fiskalpolitik in Deutschland und Frankreich dürften stimulierend wirken. Die private Binnennachfrage dürfte sich hingegen nur allmählich stabilisieren. Nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme ist damit zu rechnen, dass sich die wirtschaftliche Dynamik abflachen wird.

Die wirtschaftliche Expansion in den **Schwellenländern** wird im Prognosezeitraum vergleichsweise kräftig sein. In China wird die Konjunktur maßgeblich von dem Impuls der milliardenschweren staatlichen Stützungsmaßnahmen getragen. Allerdings wird die Ausfuhr, die eine entscheidende Stütze des vorangegangenen Aufschwungs darstellte, nach wie vor durch die globale wirtschaftliche Schwäche belastet. In Indien wird die wirtschaftliche Entwicklung solide bleiben. Vor allem die Binnennachfrage dürfte kräftig expandieren. Auch in den übrigen Ländern Ostasiens wird sich die Konjunktur beleben, da insbesondere die anhaltend lebhafte Entwicklung der chinesischen Wirtschaft den Außenhandel begünstigt. In Lateinamerika wird die wirtschaftliche Entwicklung uneinheitlich verlaufen. So dürfte sie in Brasilien kräftig bleiben, während sie in Mexiko wohl weiterhin gedämpft ausfallen wird. Die Region profitiert darüber hinaus auch von dem jüngsten Anstieg der Rohstoffpreise.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt im Jahr 2010 um 3,1 % und im Jahr 2011 um 2,6 % expandieren, nachdem es im Jahr 2009 um 1,1 % zurückgegangen ist. Der Anstieg der Preise wird sich weltweit etwas beschleunigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird aufgrund der Schwäche der Konjunktur weiter zunehmen.

Ausblick für Deutschland

In Deutschland hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Frühjahr 2009 stabilisiert. Im zweiten Quartal expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt um 0,4 %, im dritten Quartal sogar um 0,7 %. Aufgrund des außerordentlich kräftigen Einbruchs im vorausgegangenen Winterhalbjahr um fast 6 % blieb die gesamtwirtschaftliche Produktion, und hier insbesondere die Erzeugung in den exportabhängigen Branchen, aber alles in allem auf niedrigem Niveau. Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad – zieht man die ifo Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe als Proxy heran – lag im Herbst 2009 um etwa 10 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt.

Maßgeblich für die konjunkturelle Besserung war zum einen die Aufhellung des weltwirtschaftlichen Umfelds. Die deutsche Exportwirtschaft, die im vorangegangenen Winterhalbjahr aufgrund ihres Spezialisierungsmusters vom weltweiten Nachfrageeinbruch nach Investitions- und langlebigen Konsumgütern besonders betroffen war, konnte saison- und kalenderbereinigt im dritten Quartal 2009 ein Plus von 3,4 % einfahren. In vielen Staaten wirkten expansive fiskal- und geldpolitische Maßnahmen, zudem sind weltweit die Lager wieder aufgestockt worden. Binnenwirtschaftlich haben zum anderen die Bruttoinvestitionen wieder angezogen, stimuliert durch die Konjunkturpakete der Bundesregierung, deren Hauptstoßrichtung der öffentliche Bau ist. Zudem wurden die Vorratsbestände massiv erhöht. Die realen privaten Konsumausgaben, die im ersten Halbjahr 2009 durch zahlreiche expansive Maßnahmen fiskalisch angeregt worden waren, sind im dritten Quartal dagegen spürbar gesunken. Weniger gekauft wurden vor allem Pkw. Ausschlaggebend hierfür war die Leerung des Prämientopfes für die Verschrottung älterer Autos, der die Nachfrage nach kleineren Modellen insbesondere von ausländischen Herstellern im ersten Halbjahr 2009 kräftig befördert hatte.

Der bisher zu verzeichnende Arbeitsplatzverlust fiel im Vergleich zum Produktionseinbruch gering aus; die Zahl der Erwerbstätigen sank in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 saisonbereinigt lediglich um 114.000. Zu der günstigen Entwicklung trugen die Inanspruchnahme von Kurzarbeit, der Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit

bei. Außerdem hat die Teilzeitbeschäftigung zugenommen, während Vollzeitarbeitsplätze abgebaut worden sind. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen hat im Verlauf des Jahres 2009 saison- und kalenderbereinigt um 2,2 % abgenommen; bereits 2008 war sie in ähnlichem Ausmaß reduziert worden. Bei alledem sind die im Winterhalbjahr 2008/09 stark gestiegenen gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten wieder etwas gesunken, gleichwohl waren sie im dritten Quartal 2009 auf Stundenbasis um 5¼ % höher als vor Jahresfrist. Im von der Krise besonders betroffenen verarbeitenden Gewerbe lagen sie zuletzt sogar um 14 % über dem vergleichbaren Stand des Vorjahres.

Im laufenden Jahr und auch im Jahr 2011 bleiben die Konjunkturampeln auf gelb, mit einer Grünphase ist nicht zu rechnen. Zwar werden die endogenen Auftriebskräfte allmählich wieder etwas stärker, es laufen aber die im Rahmen der Konjunkturpakete bereitgestellten Mittel allmählich aus. Zudem sind die Kredithürden für neue Investitionen und Arbeitsplätze weiter hoch. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft bleibt damit labil, zu einem selbsttragenden Aufschwung kommt es nicht.

Die Exportdynamik wird im Prognosezeitraum moderat sein, weil sich die Konjunktur in den wichtigsten Hauptabnehmerländern nicht durchgreifend bessert. Für die Importentwicklung ergibt sich alles in allem ein ähnliches Profil, der Außenbeitrag wird von daher keinen nennenswerten Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt liefern. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften bei weiterhin niedriger Kapazitätsauslastung nur wenig steigen, zumal sich die restriktiven Finanzierungsbedingungen nicht bessern. Lediglich gegen Jahresende 2010 kann mit einer etwas höheren Dynamik aufgrund von Vorzieheffekten infolge der Rückführung der degressiven Abschreibung gerechnet werden. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen werden die Konjunkturpakete zunächst noch weiter wirken, der bisher konjunkturrobuste Gewerbebau rutscht aber deutlich ins Minus. Einkommen und privater Konsum erhalten am Jahresanfang 2010 kurzfristig Impulse aus dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ und den bisher schon beschlossenen steuerlichen Entlastungen, danach wird aber die Dynamik verhalten sein. Zudem dämpft der Nachfrageausfall, der aus den in das Jahr 2009 vorgezogenen Pkw-Käufen resultiert. Die Sparquote dürfte angesichts der flauen Wirtschaftsentwicklung hoch bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2010 wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1,7 % zunehmen; im Jahresdurchschnitt 2011 um 1,2 % (vgl. Tab. 1).

Auf dem konjunkturell nachlaufenden Arbeitsmarkt wird die Beschäftigung allmählich stärker an das niedrige Produktionsniveau angepasst werden. Die Kurzarbeit wird abnehmen, dafür die Arbeitslosigkeit zunehmen. Im Durchschnitt des Jahres 2010 wird die Zahl der erwerbstätigen Inländer um 350.000 sinken, die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahr 2010 durchschnittlich um rund 180.000 auf 3,6 Mill. steigen. Bei alldem werden die Verbraucherpreise wenig zulegen, dämpfend wirkt die große Produktionslücke. Das staatliche Budgetdefizit steigt im Jahr 2010 stark an, in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte es sich auf 5,1 % belaufen. Maßgeblich hierfür sind die schwache konjunkturelle Entwicklung und die Mehrausgaben, die im Zusammenhang mit den Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung entstehen.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekannte Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit einschließen. Derzeit beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, ±0,8 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktschätzung für die Zuwachsrate des BIP im Jahr 2010 von 1,7 % reicht das Intervall somit von 0,9 % bis 2,5 %. Die Punktprognose in Höhe von 1,7 % stellt den mittleren Wert dar, der bei Würdigung aller Fakten am ehesten erwartet werden kann.

Box: Annahmen der Prognose

- Der Welthandel steigt im Jahr 2010 um 5 % und im Jahr 2011 um 4 %, nach einem Rückgang in Höhe von 11 % im Jahr 2009.
- Der Ölpreis wird im Prognosezeitraum 72 $ pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt der Jahre 2010/2011 bei 1,47 $.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) hebt die Leitzinsen nicht vor 2011 an.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Die im Wachstumsbeschleunigungsgesetz aufgeführten Maßnahmen werden umgesetzt. Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag avisiert sind, bisher aber nicht näher konkretisiert wurden (z. B. die Einführung eines Stufentarifs bei der Einkommensteuer), wurden in der Prognose nicht berücksichtigt. Dies gilt auch für Maßnahmen, die aufgrund der Schuldenbremse notwendig werden könnten.

Das allgemeine Prognoserisiko wird überlagert von speziellen Risiken: So besteht die Gefahr, dass die Weltwirtschaft noch einmal in die Rezession gerät, wenn die Kreditvergabe durch die Banken noch stärker und länger eingeschränkt werden sollte, als hier erwartet wird.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2007	2008	2009[1]	2010[1]	2011[1]
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr[a]					
Private Konsumausgaben	–0,3	0,4	0,3	0,2	0,7
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,1	2,5	1,3	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	5,0	3,1	–8,4	0,9	0,5
Ausrüstungen	11,0	3,3	–20,0	1,0	1,5
Bauten	0,0	2,6	–0,4	0,5	–0,7
Sonstige Anlagen	6,5	5,3	6,3	4,0	4,2
Inländische Verwendung	1,0	1,7	–1,6	0,9	0,8
Exporte	7,5	2,9	–14,3	8,4	4,5
Importe	4,8	4,3	–8,3	6,9	3,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,5	1,3	–4,9	1,7	1,2
Erwerbstätige[b] (1.000 Personen)	39.724	40.279	40.267	39.982	39.983
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.776	3.268	3.426	3.607	3.617
Arbeitslosenquote[c] (in %)	8,7	7,5	7,9	8,3	8,3
Verbraucherpreise[d]					
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,6	0,3	0,6	0,8
Finanzierungssaldo des Staates[e]					
– in Mrd. EUR	4,7	1,0	–73,3	–124,7	–138,0
– in % des Bruttoinlands-produkts	0,2	0,0	–3,0	–5,1	–5,5

1) Prognose des ifo Instituts.- a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex. – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

Dies würde vor allem dann eintreten, wenn es zu einer weiteren Verringerung der Eigenkapitalausstattung infolge massiver Wertberichtigungen und rezessionsbedingter Abschreibungen kommen sollte. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Wirtschaftspolitik ihren expansiven Kurs früher beendet, als hier angenommen wurde. So könnte die Fiskalpolitik etwa versucht sein, die massive Ausweitung der Haushaltsdefizite zu schnell einzuschränken. Aber auch ein zu langes Festhalten am bisherigen geldpolitischen Kurs birgt Risiken: Sollten die Zentralnotenbanken das Bankensystem zu lange mit billigem Geld versorgen, könnten sich neue Spekulationsblasen auf den Finanzmärkten bilden.

Exporte profitieren von China und Südostasien

Nach dem dramatischen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/09 konnten die Exporte im dritten Quartal 2009 mit einer realen Zuwachsrate von 3,4 % gegenüber dem Vorquartal wieder deutlich zulegen. Einer der Hauptgründe für den Anstieg der Exporte war die einsetzende konjunkturelle Erholung der Länder im Euroraum und in anderen EU-Ländern. Ein starkes Zugpferd für den deutschen Export sind aber auch die Warenausfuhren nach China, die sich sehr früh von der weltweiten Krise erholen konnte.

Im Prognosezeitraum wird die Warenausfuhr hauptsächlich von China und den Schwellenländern Südostasiens gestützt. Vor allem der Maschinenbau und die Automobilbranche fassen in diesen aufstrebenden Märkten Fuß, wodurch die wenig dynamische und zum Teil sogar rückläufige Nachfrage der westlichen Industriestaaten mehr als kompensiert wird. Insgesamt kann im laufenden Jahr mit einem Anstieg der Exporte um 8,4 % gerechnet werden, im nächsten Jahr mit einem moderaten Zuwachs von 4,5 %. Das Exportvolumen dürfte sich damit am Ende des Jahres 2011 in etwa wieder auf dem Vorkrisenniveau befinden. Allerdings werden sich die Exportanteile dann weiter deutlich verschoben haben. So ist zu erwarten, dass die Warenlieferungen nach China und Südostasien von rund 5,5 % des Gesamtausfuhrvolumens im Jahr 2000 auf über 10 % am Ende des Prognosezeitraums steigen werden, während die Bedeutung der USA als Exportmarkt von 10 % im Jahr 2000 auf etwa 6 % im Jahr 2011 abnehmen dürfte.

Ausrüstungsinvestitionen im Zwischenhoch

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im Sommer 2009 mit einer Rate von 0,8 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nachdem sie zuvor drei Quartale in Folge um insgesamt knapp 22 % geschrumpft waren. Investitionen, die aufgrund des starken Produktionseinbruchs im ersten Halbjahr zurückgestellt wurden, sind nach der Erholung der wirtschaftlichen Situation nun in Angriff genommen worden. Dabei dürfte es sich vor allem um notwendig gewordene Ersatzinvestitionen gehandelt haben.

Diese Belebung dürfte indes ein Zwischenhoch bleiben. Der weitere Ausblick ist für die Ausrüstungsinvestitionen trübe. Die Auslastung der Gerätekapazitäten ist weiterhin unterdurchschnittlich. Die im IFO KONJUNKTURTEST befragten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes schätzen ihre vorhandenen technischen Kapazitäten in Anbetracht der von ihnen erwarteten Nachfrage vorwiegend als zu groß ein, sodass die Erweiterung der Kapazitäten als Investitionsmotiv im kommenden Jahr keine wesentliche Rolle spielt. Stattdessen werden Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen im Fokus der Unternehmen stehen. Auf eine schwache Nachfrage nach Investitionsgütern weisen ebenfalls die ifo Konjunkturtestergebnisse für die Leasingbranche hin, die sich als zuverlässiger Indikator für die Investitionsneigung bewährt haben.

Auch die Finanzierungssituation lässt ein verhaltenes Jahr 2010 erwarten. Die Ertragslage der Unternehmen hat in der Rezession stark gelitten. Die Kreditvergabepolitik der Banken ist nach Auskunft der Unternehmen weiterhin restriktiv. Die vom IFO INSTITUT veröffentlichte Kredithürde verharrt seit Jahresbeginn 2009 auf einem hohen Niveau. Die schlechte Eigenkapitalsituation der Banken dürfte im laufenden Jahr zunächst weiter ungünstig bleiben. In den kommenden Monaten werden die Unternehmensinsolvenzen weiter zunehmen, sodass die Banken vermehrt Kreditausfälle verkraften müssen. Daher wird der Kreditzugang für Unternehmen ungünstig bleiben, zumal viele Unternehmen in der Rezession einen Teil ihres Eigenkapitals aufgezehrt haben und daher aus Sicht der Banken die Kreditrisiken gestiegen sind.

In der zweiten Jahreshälfte 2010 werden Vorzieheffekte wegen des Auslaufens der temporär wirkenden degressiven Abschreibung die Investitionstätigkeit beleben. Da aber Investitionsprojekte vorgezogen werden, fehlen diese wieder in der ersten Jahreshälfte 2011. Insgesamt werden aber die Investitionstendenzen Ende 2010 und im Jahr 2011 leicht aufwärtsgerichtet sein. Bei rückläufigen Lohnstückkosten und anziehender Nachfrage sollten die Gewinnerwartungen der Unternehmen positiver werden. Im Jahresdurchschnitt dürften daher die Ausrüstungsinvestitionen 2010 um etwa 1 % zunehmen. 2011 ist damit zu rechnen, dass sie nochmals um rund 1,5 % steigen.

Wohnungsbau stützt Bauinvestitionen

Die Investitionen in Bauten sind im Jahresdurchschnitt 2009 leicht gesunken; im Jahr zuvor waren sie spürbar gestiegen. Im Verlauf von 2010 werden die Bauinvestitionen wohl weiter leicht zurückgehen. Dabei werden sich die Expansion im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau, der durch die Konjunkturpakete getragen wird, und die Schrumpfung im Wirtschaftsbau fast die Waage halten. Insgesamt ergibt sich aufgrund des statistischen Überhangs im Jahresdurchschnitt 2010 dennoch ein Plus von 0,5 %. Im Jahr 2011 wird die öffentliche Hand mit dem Auslaufen der Konjunkturpakete die Bautätigkeit wieder deutlich zurückfahren. Da auch der Wirtschaftsbau noch weiter bremsen dürfte, stützt dann allein der Wohnungsbau die Baunachfrage. Insgesamt werden die Bauinvestitionen 2011 durchschnittlich um etwa 0,7 % zurückgefahren.

Die **Wohnungsbauinvestitionen** sind im Jahresdurchschnitt 2009 gesunken. In diesem Jahr dürfte die Wohnungsbaunachfrage hingegen leicht aufwärts gerichtet sein. Die Auftragseingänge haben sich zuletzt günstiger entwickelt. Die ifo Architektenumfrage deutet jedoch auf eine sehr verhaltene Belebung hin. Im weiteren Verlauf wirken die niedrigen Hypothekenzinsen stützend. Weiterhin regen die Modernisierung des Woh-

nungsbestandes und die energetische Sanierung die Nachfrage an. Im laufenden Jahr wird der Wohnungsbau um etwa 1,3 % steigen, gefolgt von reichlich 1 % in 2011.

Im **Wirtschaftsbau** war die Entwicklung in den ersten drei Quartalen 2009 trotz des zurückliegenden gesamtwirtschaftlichen Produktionseinbruchs positiv. Die Auftragseingänge liegen nun aber deutlich unter den Vorjahreswerten und der Auftragsbestand ist stark abgeschmolzen. Im Verlauf von 2010 dürften die Wirtschaftsbauinvestitionen deshalb sinken, wenn auch mit abnehmendem Tempo. Im Jahresdurchschnitt wird eine Abnahme um 5,4 % erwartet. Die Schrumpfung wird sich auch in das Jahr 2011 hinein fortsetzen; im Jahresvergleich dürfte sich ein Minus von etwa 1 % ergeben.

Die **staatlichen Bauinvestitionen** sind seit dem Frühjahr 2009 kräftig ausgeweitet worden. Auch im Herbst zeigten die Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen ihre Wirkung. Im laufenden Jahr dürften die öffentlichen Bauinvestitionen nochmals an Fahrt gewinnen. Die Auftragseingänge im Straßenbau haben erheblich zugenommen und auch der öffentliche Hochbau wird zulegen. Allerdings werden die rezessionsbedingten Steuerausfälle insbesondere bei den Kommunen den Investitionsspielraum einengen. Im Jahr 2011 wird es jedoch zu einem kräftigen Rückschlag kommen. Die Finanzlage der öffentlichen Hand bleibt ungünstig und die Konjunkturpakete laufen aus. Nach einer starken Expansion von jahresdurchschnittlich etwa 11 % in diesem Jahr werden die öffentlichen Bauinvestitionen 2010 um ca. 7 % abnehmen.

Privater Konsum weiter fiskalisch gestützt

Der private Konsum hat im ersten Halbjahr 2009 saison- und kalenderbereinigt deutlich zugelegt. Maßgeblich hierfür war, dass die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte trotz der schweren Wirtschaftskrise merklich gestiegen sind. Zwar sind die Arbeitslöhne im Gefolge der starken Zunahme an Kurzarbeit deutlich gesunken; der Lohnausfall wurde aber durch Kurzarbeitergeld und tarifvertraglich vereinbarte Zuzahlungen der Arbeitgeber teilweise ausgeglichen. Zudem wurden die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben zurückgeführt und Transferzahlungen erhöht. Schließlich wurden die Verbraucherbudgets durch sinkende Energie- und Nahrungsmittelpreise entlastet. Last but not least wurde die Pkw-Nachfrage im ersten Halbjahr überaus kräftig durch die Gewährung einer Abwrackprämie stimuliert. Nach der Jahresmitte haben die Impulse aus der Abwrackprämie auf die privaten Fahrzeugkäufe dann aber deutlich nachgelassen; der reale private Konsum ist gegenüber dem zweiten Quartal deutlich gesunken.

Im laufenden Jahr dürften die realen Konsumausgaben leicht steigen. Zwar fallen die Tarifabschlüsse niedriger als bisher aus, zudem dürfte die Beschäftigung nunmehr stärker an das niedrige Produktionsniveau angepasst werden. Gleichzeitig nehmen aber die geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten wieder zu. In der Summe werden die Bruttolöhne und -gehälter nahezu stagnieren. Netto ergibt sich aber eine spürbare Zunahme (1,3 %), weil die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung nunmehr in der Regel steuerlich voll abgesetzt werden können. Zudem wurde der Grundfreibetrag angehoben. Schließlich wurde im Rahmen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ der Kinderfreibetrag von 6.024 € für jedes Kind auf 7.008 € erhöht. Die Sozialleistungen werden mit 2,9 % nochmals kräftig steigen. Maßgeblich hierfür ist, dass das Kindergeld zu Jahresanfang angehoben wurde. Zudem wirkt die diesjährige hohe Rentenanpassung im ersten Halbjahr 2010 in der Wachstumsrate nach; außerdem unterbleibt aufgrund der neuen Rentengarantie eine Kürzung der Altersrenten, die nach der bisherigen Rentenformel notwendig geworden wäre. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften dagegen deutlich sinken. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen nominal um 0,9 % steigen, real um 0,5 %. Die Sparquote dürfte steigen; dies nicht zuletzt deshalb, weil die Abwrackprämie zu einem Vorziehen von Pkw-Käufen ins Jahr 2009 geführt hat. Diese Nachfrage fehlt im laufenden Jahr. Insgesamt wird der reale private Konsum im Jahr 2010 mit 0,2 % kaum steigen. Im Jahr 2011 dürfte er bei nicht mehr rückläufiger Beschäftigung und leicht sinkender Sparquote um 0,7 % zulegen.

Verbraucherpreise steigen weiter langsam

Das Verbraucherpreisniveau ist in diesem Jahr saisonbereinigt nur wenig gestiegen. Im Vorjahresvergleich ist die Inflationsrate unter Schwankungen bis Herbst gesunken, teilweise gab es sogar Minusraten wie zuletzt im Frühjahr 1987. Zum günstigen Preisklima hat die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise beigetragen. Diese waren bis Jahresmitte 2008 sehr kräftig gestiegen, danach aber, im Gefolge des krisenbedingten Umschwungs auf den Rohölmärkten, noch kräftiger gesunken. Obwohl die Preise für Mineralölprodukte seit dem Frühjahr aufgrund der konjunkturellen Erholung wieder angezogen haben, unterschritten sie bis Oktober den Vorjahresstand sogar mit zweistelligen Raten. Die an die Ölpreisentwicklung mit Verzögerung gekoppelten Gastarife wurden im laufenden Jahr dagegen bis zuletzt gesenkt. Außerdem haben sich saisonabhängige Nahrungsmittel verbilligt.

Im Prognosezeitraum wird die Verteuerung der Lebenshaltung alles in allem moderat bleiben, die Phase niedriger Inflationsraten geht weiter. Viele Stromanbieter haben zum Jahreswechsel die Preise angehoben aufgrund gestiegener Beschaffungskosten bzw. erhöhter Kosten im Rahmen des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG). Den zwischenzeitlich wieder gestiegenen Ölpreisen folgend, werden auch die Gastarife vielerorts teurer. Anders als im Jahr 2009 gibt es schließlich keine im Vorjahresvergleich dämpfenden Basiseffekte mehr. Insgesamt dürfte aber, angesichts der weiterhin sehr niedrigen Auslastung der Produktionskapazitäten und der insgesamt schwachen Wirtschaftsentwicklung, der Druck auf die Verbraucherpreise zunächst kaum nachlassen. Für das Jahr 2010 ist mit einem Anstieg des Verbraucherpreisindexes in Höhe von 0,6 % zu rechnen, für das Jahr 2011 kann die jahresdurchschnittliche Inflationsrate auf 0,8 % veranschlagt werden.

Moderater Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt wurde bislang durch das Bestreben bestimmt, die Beschäftigung zu sichern. Während die gesamtwirtschaftliche Produktion seit Jahresbeginn 2009 bis zum dritten Quartal um 2,4 % geschrumpft ist und die geleisteten Stunden um 2,5 % gesunken sind, ist die Zahl der Erwerbstätigen im Inland hingegen nur um 114.000 zurückgegangen. Die deutliche Reduktion der geleisteten Stunden je Erwerbstätigen hat bislang einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Die durchschnittliche Arbeitszeit wurde dabei vor allem durch einen massiven Abbau von angesammelten Guthaben auf Arbeitszeitkonten und durch Arbeitszeitverkürzung reduziert. Zudem ist die Zahl der Personen, die eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung ausüben, seit Jahresbeginn stetig gestiegen. Ebenso dürfte die Teilzeitquote bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen weiter zugenommen haben. Allerdings wurde das Instrument der Kurzarbeit im dritten Quartal 2009 bereits in deutlich geringerem Maß in Anspruch genommen.

Im laufenden Jahr nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion nur langsam zu. Daher bleibt der Anpassungsdruck am Arbeitsmarkt. Der Einsatz der geleisteten Stunden dürfte im Jahresverlauf 2010 noch um 0,2 % zurückgehen, wobei sich das Tempo zunächst verlangsamt und die Abwärtsbewegung im Winter zum Stillstand kommt. Wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Rückgang um 0,8 %. Die Zahl der Kurzarbeiter wird trotz der erneut verlängerten Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld zurückgehen und um etwa 900.000 niedriger sein als im Vorjahr (vgl. Tab. 2). Da aber der Anteil von Teilzeitkräften mit der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors dem langjährigen Trend folgend weiter steigt, erhöht sich die Arbeitszeit pro Arbeitnehmer nur leicht um 0,5 %. Damit liegt ihr Niveau im Verlauf von 2010 leicht über dem langfristigen Trend. Die Zahl der erwerbstätigen Inländer insgesamt sinkt dabei um 350.000. Sehr deutlich wird dabei die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung reduziert, die um rund 360.000 zurückgeht. Bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten wird sich der Anstieg hingegen zunächst fortsetzen und erst im Verlauf der zweiten Jahreshälfte zum Stillstand kommen, sodass deren Zahl 2010 um reichlich 40.000 zunimmt. Vor diesem Hintergrund steigt die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2010 um 180.000. Die Zunahme wird dabei von einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in einer Größenordnung von 130.000 gedämpft. Rechnet man die Personen hinzu, die von externen Vermittlern betreut werden, so dürfte die Arbeitslosenzahl um 280.000 steigen.

Da es auch im Jahr 2011 nicht zu einem durchgreifenden Aufschwung kommen dürfte, nimmt die Produktion nur verhalten zu. Das Produktionsniveau bleibt im Vergleich zu der vorangegangenen Boomphase niedrig. Deshalb dürfte sich die Lage am Arbeitsmarkt nur leicht bessern. Das Beschäftigungsniveau erreicht damit nicht das Niveau vor der Krise, im Jahresdurchschnitt ergibt sich Stagnation.

Staatshaushalt: Finanzierungsdefizit nimmt von Jahr zu Jahr zu

Nach einer mehrere Jahre andauernden Konsolidierungsphase sind die öffentlichen Haushalte wieder in große Schwierigkeiten geraten. Hatte sich der Finanzierungssaldo des Staates von 2003 bis 2007 noch von –4,0 % auf +0,2 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts verbessert (2008 belief er sich auf 0,0 %), so wurde bereits für das Jahr 2009 mit knapp 75 Mrd. € wieder ein spürbares Defizit verbucht.

Im Jahr 2010 wird sich die Finanzlage des Staates weiter deutlich verschlechtern. Belastungen gibt es sowohl auf der Einnahmeseite (infolge von Steuersenkungen und infolge konjunkturbedingter Einkommensrückgänge) als auch auf der Ausgabenseite (Anhebung von Transferleistungen, Investitionsausgaben aus den Konjunkturpaketen).

Aufgrund der Wirkung der automatischen Stabilisatoren und der Entlastungsmaßnahmen im Einkommensteuerbereich wird das Steueraufkommen im Jahr 2010 um 3,1 % zurückgehen. Die Steuern vom Umsatz werden voraussichtlich ansteigen und ein Aufkommen von gut 180 Mrd. € (+2 %) erzielen. Die Einnahmen aus

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz

Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)				
	2007	**2008**	**2009**	**2010**
Deutschland				
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	56.845	57.583	55.632	55.173
Erwerbstätige Inländer	39.656	40.220	40.171	39.821
Arbeitnehmer	35.220	35.786	35.751	35.376
darunter:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26.942	27.510	27.474	27.107
darunter:				
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung[1]	210	240	270	355
Marginal Beschäftigte	5.906	5.898	5.933	5.986
darunter:				
Minijobs	4.861	4.866	4.914	4.957
1-Euro-Jobs[2]	301	291	279	289
Selbständige	4.436	4.434	4.420	4.445
darunter:				
geförderte Selbständige[3]	237	180	146	169
Pendlersaldo	68	59	96	162
Erwerbstätige Inland	39.724	40.279	40.267	39.982
Personen zwischen 15 und 64 Jahren[4]	54.417	54.267	54.107	54.161
Erwerbstätigenquote[5]	72,9	74,1	74,2	73,5
Arbeitslose	3.776	3.268	3.426	3.607
Aktive Arbeitsmarktpolitik				
Teilnehmer § 46 SGB III	0	0	128	268
Trainingsmaßnahmen	77	81	38	0
Arbeitslosenquote[6]	8,7	7,5	7,9	8,3
Arbeitslosenquote BA[4]	9,0	7,8	8,1	8,6
Erwerbslose[5]	3.602	3.141	3.235	3.407
Erwerbslosenquote[6]	8,3	7,2	7,5	7,9
Kurzarbeit	68	102	1.141	226

1) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service-Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – 2) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – 3) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – 4) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – 5) Definition der ILO; Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – 6) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, 2009; 2009 und 2010: Prognosen des ifo Instituts.

Sozialversicherungsbeiträgen werden nur geringfügig steigen. Die Beiträge der Arbeitnehmer werden sogar leicht sinken. Bei in der Summe fast unveränderten Bruttolöhnen und -gehältern resultiert dies aus einem im Jahresdurchschnitt niedrigeren Krankenversicherungsbeitragssatz.

Der Ausgabenanstieg flacht sich 2010 zwar gegenüber 2009 spürbar ab, bleibt aber mit 3,0 % noch recht hoch. Bei den monetären Sozialleistungen ist erstens arbeitsmarktbedingt mit weiteren Zuwächsen zu rechnen, zweitens wirkt die Rentensteigerung vom Juli 2009 noch nach – zur Jahresmitte 2010 wird es dann allerdings zu einer Nullrunde für die Rentner kommen –, drittens sind Leistungsausweitungen geplant, so beim Kindergeld. Andererseits entfällt der 2009 einmalig gewährte Kinderbonus, sodass sich die Zuwachsrate auf reichlich 3 % vermindert. Sie vermindert sich auch bei den sozialen Sachleistungen (auf 3,5 %), zeugt aber von einer anhaltend kräftigen Ausgabendynamik im Gesundheitswesen. Bei den Investitionsausgaben (+13 %) wird der Höhepunkt der die Konjunktur stützenden Maßnahmen erreicht, bei den Arbeitnehmerentgelten hingegen wird der Anstieg nur 1,3 % betragen. Insgesamt werden die staatlichen Ausgaben die Einnahmen insgesamt um 125 Mrd. € oder 5,1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts übertreffen. Das Budget der Sozialversicherung wird wieder nahezu ausgeglichen sein. Das gelingt freilich nur, da sowohl die gesetzliche Krankenversicherung als auch die Arbeitslosenversicherung Zuschüsse in der Größenordnung von 15 Mrd. € vom Bund erhalten werden.

Im Jahr 2011 werden für den Staat einige Belastungen entfallen (z. B. das Investitionsprogramm im Rahmen der Konjunkturstützungsmaßnahmen und die Übernahme der Arbeitgeberbeiträge für das Kurzarbeitergeld), auch ist ein Anstieg des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 % auf 3,0 % vorgesehen. Unterstellt man aber keine weiteren Beitragssatzanhebungen bei der Sozialversicherung, dann deutet die hier prognostizierte gesamtwirtschaftliche Entwicklung darauf hin, dass das staatliche Budgetdefizit erneut steigt. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte es dann bei 5,5 % liegen. Für die Jahre 2012 und 2013 sind somit außerordentliche Konsolidierungsanstrengungen notwendig, um sowohl die von der EU für das Jahr 2013 geforderte Einhaltung der Defizitregel von 3 % zu erreichen als auch der im Grundgesetz festgelegten Verschuldungsbremse zu genügen.

[1] *Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2009, vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, O. Hülsewig, K. Abberger, T. Buchen, C. Breuer, S. Elstner, S. Henzel, N. Hristov, M. Kleemann, J. Mayr, W. Meister, G. Paula, A. Stangl, K. Wohlrabe und T. Wollmershäuser: ifo Konjunkturprognose 2010: Deutsche Wirtschaft ohne Dynamik. In: ifo Schnelldienst, 24/2009; S. 17–64.*